

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und Abrechnungsbüros entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis pro Quartal 30 Pf. — Preis pro Jahr 10 Mark.

Abrechnungsbüro: Die Anzeigen- und Abrechnungsbüros sind in der Redaktion des Auer Tageblattes, Postfach 100, Auer, zu finden.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Postfach-Nummer Auer Leipzig Nr. 1000

Nr. 106

Sonnabend, den 8. Mai 1926

21. Jahrgang

Abbruch der Friedensverhandlungen in Udjehda.

Paris, 6. Mai. Die Friedensverhandlungen, die in Udjehda mit den Befehlshabern geführt wurden, sind abgebrochen worden.

Die amtliche Mitteilung der französisch-spanischen Delegation.

„Die Befehlshaber sind von Remours kommend heute früh 9 Uhr in Udjehda eingetroffen und haben den General Simon und den spanischen Vertreter Oliva um eine private Besprechung gebeten, die ihnen bewilligt wurde. In dieser Unterredung, die 9.35 Uhr begann, erklärte Herr Simon, daß die Befehlshaber den Frieden sehr wünschten, gab aber zu verstehen, daß er in Bezug auf die französisch-spanischen Bedingungen keine andere Antwort als die früher bereits erteilte mitzuteilen habe. Anschließend fand eine offizielle Sitzung der Delegationen um 12 Uhr statt. General Simon stellte in dieser an die Befehlshaber die Frage, welche Antwort sie auf die ihnen am 30. April gestellten Fragen von Udjehda

er mitgebracht hätten. Herr Simon erwiderte, er beabsichtige die Antwort, die er bereits am 30. April erteilt habe, und die er nicht abändern könne. Hinsichtlich der Auslieferung der Gefangenen erklärte Herr Simon, die Befehlshaber würden nur 25 Franzosen und 25 Spanier ausliefern können, einschließlich der Kranken, Verwundeten, der Frauen und Kinder, und zwar im Austausch gegen 50 gefangene Rifflente, die von den Franzosen und Spaniern freigegeben werden müßten. Darauf erklärte General Simon im Namen der französisch-spanischen Delegation, daß es keinen Zweck habe, die Verhandlungen fortzusetzen, und daß beide Delegationen sie als abgebrochen betrachten. Die Sitzung wurde kurz nach 12 Uhr aufgehoben.

Die Bestimmungen für die sichere Rückreise der Befehlshaber ins Rifgebiet wurden gemeinsam geregelt. Die Befehlshaber werden heute abend unter Aufsicherung freier Geleites nach Remours abreisen.“

Die politische Lage.

Von Prof. Dr. W. G. G. G.

Ueber dem deutschen Schicksal haften sich wieder einmal dunkle Wolken aufammen. Die Frage der Fürstenabfindung droht sich zu einer schweren innenpolitischen Krise zu entwickeln; die außenpolitische Lage ist durch die mißglückten Genfer Verhandlungen und durch den deutsch-russischen Vertrag in ein kritisches Stadium getreten.

Die Fürstenabfindung schien vor Jahren einer zweckmäßigen Lösung entgegenzugehen. Das von den Regierungsparteien verhandelte Kompromißrecht der Entgeltung so fruchtbar erbrachte, daß selbst die Anhänger einer vollen Entgeltung sich hätten zufrieden geben können. Der Grund des Scheiterns aller Bemühungen um einen gerechten Ausgleich liegt ausschließlich bei der Sozialdemokratie oder vielmehr bei ihrem linken Flügel. — Denn mit ihren gemäßigten Elementen wäre das Gesetz zu machen gewesen. Die Zweidrittelmehrheit, die das Reichskabinett für notwendig ansah, ist in Wirklichkeit nicht so bedeutsam, als gesagt wird, denn auch zu einer einfachen Mehrheit war die Hilfe einer der großen Fraktionen notwendig. Für die Zweidrittelmehrheit brauchte man allerdings auf jeden Fall die Sozialdemokratie, und darauf richtete sich auch die Arbeit der Regierung und ihrer Parteien, denn die Deutschenationalen auch nur für eine gemäßigtere Form des Gesetzes zu gewinnen konnte ja doch nicht in Frage kommen. Daß aber die Sozialdemokratie die einfache Mehrheit durch eine zweifelhafte Abstimmung gescheitert hätte, darf nach dem jetzigen Ausgang der Verhandlungen als ganz unwahrscheinlich gelten. Die Sozialdemokratie wurde in ihrer Haltung seit Auftreten dieser ganzen Frage durch den Blick auf die Kommunisten gestimmt. Man begriff es nicht ganz, daß die große Partei, die den Kommunismus schon einmal in der Arbeiterschaft und in den Gewerkschaften siegreich überwunden hat, jetzt von neuem vor einer Gefahr zittert, die lediglich in der wirtschaftlichen Notlage eine gewisse Verstärkung erfahren konnte. Über es wurde zur Tatsache, daß die Sozialdemokratie, geführt von ihrem linken Flügel, sich der aktiveren kommunistischen Politik anschloß, was nichts anderes als eine Unterwerfung bedeutete und den Kommunisten den Boden innerhalb der Sozialdemokratie geradezu ebnete. Die Sozialdemokratie aber bezeichnete diese Politik als eine Zurückdrängung des Kommunismus, aber noch niemals hat eine Angleichung an ein radikales System diesen das Wasser abgegraben. Daß die gemäßigten Elemente in der Sozialdemokratie diese Entscheidung nur mit Bedenken mitmachen, weiß man, und vor allem in Sachsen bedarf es keiner weiteren Ausführung, zu was für Folgen eine Radikalisierung der Sozialdemokratie führt. Die Sozialdemokratie hat infolgedessen auf den Volkentscheid bestanden, obwohl diese Politik noch bei 12 1/2 Millionen Stimmen der ersten Abstimmung zu seinem Erfolg führen kann. Ein Sieg beim Volkentscheid bedeutete aber eine weit schwerere Krise des Reiches: Wüßte die Regierung, Rücktritt des Reichspräsidenten (weil er einen Volkentscheid nicht durchführen will) und Nichtdurchführung des Ergebnisses in den sächsischen Staaten und anderswo. Nur wer an immer neuen Krisen seine Freude hat, kann deshalb dem Volkentscheid Gelingen wünschen. Die gemäßigten Kreise der Sozialdemokraten können das Gelingen ebenso wenig wünschen wie wir, aber sie hoffen, daß nach Ablehnung des Volkentscheids der Boden für ein Kompromiß günstiger sein werde. Auch uns wirklich der ganze Haß einer entweder zweifelhafte oder gefährlichen Volksabstimmung zugemutet werden, damit gewisse Leute endlich begreifen, daß ein vernünftiges Kompromiß in jedem Falle das Beste ist. Wird nach Ablehnung des Volkentscheids die Lage günstiger sein? Wird die Sozialdemokratie dann vielmehr haßstarrer sein als jetzt? Die Arbeit wird uns nicht erleichtert, sondern erschwert, und die Sozialdemokratie wird wahrscheinlich nach dem Mißerfolg des Volkentscheids mehr nachgeben müssen als jetzt; denn tut sie es dann nicht, so würden die Verhältnisse sich zugunsten der Fürsten ja das letzte Ergebnis des ganzen Kampfes sein. Das aber kann doch niemand wünschen, der das deutsche Volk nicht schwer schädigen will.

Die auswärtige Politik steht im Zeichen eines neuen Kapalls-Vertrages. Der erste Vertrag von 1922 hat uns nichts genützt; es uns der neue Berliner Vertrag näher wird, darf nach den bisherigen Erfahrungen bezweifelt werden. Es ist ja für Deutschland wohl ein Vorteil, daß es zwei Seiten im Feuer hat: Sowjetland und Rußland. Es fragt sich jedoch, ob man mit solchen Vorteilen vor aller Welt demonstrieren soll, wenn man nicht eines glatten Erfolges nicht ganz sicher ist. Der Berliner Vertrag kann Frankreich und England

Die Interpellation der Sozialdemokraten zur Flaggenfrage.

Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestern eingebrachte Interpellation über die Flaggenverordnung hat folgenden Wortlaut:

„Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft über die Beweggründe zu geben, die den Reichstagsrat zur Gegenzeichnung des Flaggenvertrages veranlaßt haben?“

„Ist die Reichsregierung bereit, den Erlaß mit dem Sinn der Reichsverfassung für vereinbar?“

„Fürchtet sie nicht, daß der Erlaß, stat. zur Verfassung beizutragen, die Gegenstände innerhalb des deutschen Volkes vertiefen wird?“

„Ist ihr endlich bewußt, daß das Hissen der Flagge des Kaiserreiches die fremden Regierungen zu Schlussfolgerungen veranlassen kann, die der auswärtigen Politik des Reiches abträglich sein würden?“

Im Meldestenrat des Reichstages wurde vereinbart, die Interpellation über die Flaggenverordnung auf die Tagesordnung der Reichstagsitzung am Dienstag nächster Woche zu setzen.

Der Wortlaut der Flaggenverordnung.

Die vom Reichspräsidenten am 5. Mai 1926 erlassene und vom Reichstagsrat gegenzeichnete zweite Verordnung über die deutschen Flaggen wird in der nächsten Nummer des Reichsgesetzblattes verkündet werden. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 (Reichsgesetzbl. S. 488) wird wie folgt geändert:

Das Volksbegehren vom Reichstag abgelehnt.

Der Reichstag hat gestern das sozialdemokratisch-kommunistische Volksbegehren auf einschlägige Entgeltung der damals regierenden Parteien mit 236 gegen 142 Stimmen abgelehnt. Für das Volksbegehren haben lediglich die Anführer gestimmt, gegen den Entwurf die gesamten übrigen Parteien.

Eine Novelle zum Reichsvereinsgesetz.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, liegt dem Reichsrat eine vom Reichsministerium des Innern ausgearbeitete Novelle zum Reichsvereinsgesetz vor, deren wesentlichste Bestimmung ist, daß Versammlungen unter freiem Himmel binnen 48 Stunden unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes angemeldet werden müssen.

Austausch der Ratifikationsurkunden zweier deutsch-litauischer Verträge.

Berlin, 6. Mai. Am 5. Mai hat in Berlin der Austausch der Ratifikationsurkunden des am 31. Mai 1923 unterzeichneten Vertrags zwischen Deutschland und Litauen über die Regelung der mit den Ereignissen des Weltkrieges zusammenhängenden Fragen (Reichsgesetzblatt 1924, Teil 2, S. 208) stattgefunden. In diesem Vertrag haben beide Teile erklärt, aus den Ereignissen des Weltkrieges keinerlei Ansprüche gegeneinander herleiten zu wollen.

Am gleichen Tag sind in Berlin die Ratifikationsurkunden des am 1. Juni 1923 abgeschlossenen Dan-

kelvertrages zwischen Deutschland und Litauen (Reichsgesetzblatt 1924, Teil 2, Seite 205) ausgetauscht worden.

Ausdehnung des deutsch-englischen Handelsvertrages.

Berlin, 6. Mai. Die britische Regierung hat amtlich mitgeteilt, daß der deutsch-englische Handelsvertrag vom 2. Dezember 1924 auch auf die nachfolgenden Dependenzien ausgedehnt wird: Sierra Leone, die Bahama-Inseln, Britisch-Guayana und die Malajischen dem Staatenbund nicht angeschlossenen Staaten Johore, Kedah, Perlis, Sarantau, Tringganu und Brunel.

Brasilianische Haltung in Genf.

Madrid, 6. Mai. Die Presse veröffentlicht eine Mitteilung der hiesigen brasilianischen Gesandtschaft, worin die Pressemeldungen über eine angebliche Beeinflussung des brasilianischen Vorgehens in Genf durch Italien kategorisch dementiert werden und erklärt wird, der Vertreter Brasiliens in Genf habe im Einvernehmen und auf Anweisung des Präsidenten der Republik gehandelt, welcher sich wiederum auf die einmütige öffentliche Meinung stütze.

Blutige politische Schlägerei.

Kray bei Essen, 6. Mai. Gestern abend gegen 12 Uhr kam es nach Beendigung einer Versammlung des Stahlhelmverbandes zwischen einigen Mitgliedern dieses Verbandes und einer Anzahl Kommunisten zu einer blutigen Schlägerei, in deren Verlauf es mehrere Verletzte gab. Ein Arbeiter erhielt einen Schlag in den Mund, ein anderer einen Oberschenkelhieb und ein dritter trug schwere Verletzungen am Hinterkopf davon.

(1.1).
auf der
Spiel.
wurf und
jedoch
berühmt,
aber
nach In-
5.11gen
leich zu
er durch
offnes
er kam.
nnschaft
rnstlich
Erfolg
hn Mi-
nd kurz
Stande
Widau
l traten
Verelne
nd tech-
Stande
gelt ab.

(0:0).
ndrunn
ndrunn.
randstiff
e durch

(0:7).
0:0).
en drei

Fig. d.

m am
n Male
s. Eine
rt sind
menzu-

at,
te

E
8

haben
über-
dem
stand,
den
einen

6 die

Böses

das
den
über,
gend
hin-
hren
e ch-
nben
hnd-
ohns
leht
des
doh
inen
eine

den
mit
ebet
leht
igen
stel